

Myanmar: Das Militär wirft Bomben auf die eigene Bevölkerung - Doch ihr Widerstand gegen das Unrechts-Regime ist ungebrochen



© Thaihom Enterprises und Josef Burri 2022
Stand: 30.11.2022

Der Krieg in der Ukraine, der Aufstand in Iran und Fussball haben Myanmar aus den Schlagzeilen verdrängt. Im Februar 2021 putschte das Militär (Tatmadaw) gegen ein demokratisch gewähltes und legitimes Parlament und übernahm die Regierungsgeschäfte. Seither herrscht in Myanmar ein Terrorregime, das Waffen, Flugzeugen und Minen gegen die eigene Bevölkerung einsetzt. Die Luftwaffe bombardiert Ziele im Landesinneren sowie an der Grenze zwischen Bangladesh und Myanmar. Bei einem Angriff aus der Luft auf ein Konzert im Kachin-Staat am 23. Oktober 2022 starben 80 Menschen. Das Konzert fand am Jahrestag der Gründung der Unabhängigkeitsorganisation von Kachin statt. Die Bevölkerung wird eingeschüchtert und drangsaliert. Wer sich widersetzt, wird eingesperrt, vergewaltigt, gefoltert und getötet. Die Zahl der zivilen Opfer seit dem Militärputsch wird auf 4000 geschätzt. Weil auch Journalistinnen und Journalisten nur noch aus dem Untergrund heraus agieren können, ist eine unabhängige und zuverlässige Berichterstattung erschwert. Der Widerstand der Bevölkerung gegen die Streitkräfte ist beträchtlich. Die bewaffneten oppositionellen Kräfte des Landes haben ihr Vorgehen koordiniert und kontrollieren weite Teile des Landes. Noch ist ihre Schlagkraft begrenzt. Es mangelt an Waffen, Munition, militärischem Training und wahrscheinlich auch an der Führung. Die Nachbarländer Myanmars reagieren verhalten auf die Vorgänge selbst dann, wenn der Konflikt über die Grenzen schwappet.



Mitglieder der Young Revolution Front greifen eine Polizeistation an.

Bild: YRF

Kampfhelikopter und Flugzeuge bombardieren Schulen und Tempel

Der Aufstand gegen ein illegitimes und brutales Regime erfasst breite Teile der Bevölkerung. Die oppositionellen Kräfte sind viel besser als in früheren Jahren organisiert und koordinieren ihr Vorgehen. Eine nationale Einheitsregierung steht den militärischen Machthabern gegenüber. Mit politischer Mobilisierung soll der Wehrwille der Bevölkerung gestärkt werden. Weite Teile der ländlichen Gebiete stehen unter Kontrolle der verschiedenen Widerstandsgruppen. Ihre Feuerkraft scheint sich verstärkt zu haben. Sie setzen auch bewaffnete Drohnen ein. Woher die Waffen der Widerstandskräfte kommen, ist unklar. Einige sind erbeutet, andere auf dem Schwarzmarkt erworben. Munition und Waffen werden auch unter Anleitung aus dem Internet vor Ort hergestellt.

Die militärischen Usurpatoren der Macht operieren mit Kampfhelikoptern und Flugzeugen aus Russland und China sowie mit Schusswaffen aus Israel. Bomben fallen auf Dörfer, Tempel, Schulen und Spitäler. Die Truppen schießen auf demonstrierende Menschen. Junge Frauen werden gnadenlos vergewaltigt, Häuser und Dörfer in Brand gesetzt, Journalisten und Berichterstatter verfolgt. Gemäss Angaben aus Journalistenkreisen befinden sich 57 Reporter im Gefängnis. Auch ausländische Journalisten werden zu Haftstrafen verurteilt, wie der japanische Dokumentarfilmer *Toru Kubota*. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 13 Jahren, konnte allerdings das Land im November 2022 verlassen. Hunderte einheimische Journalistinnen und Journalisten haben sich dem Militär durch Flucht entzogen.

Das Land verlassen wegen der unsicheren Lage auch vermögende Familien. Sie siedeln sich vorwiegend in Thailand an. Die Militärregierung Myanmars weigert sich neuerdings, die Pässe von Exilanten zu erneuern. In der Folge geraten viele von ihnen in Schwierigkeiten mit den Behörden jener Länder, in denen sie sich aufhalten.

Das Putsch-Regime ist nicht in der Lage, den zivilen Ungehorsam zu stoppen. Hunderttausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zivilverwaltung haben der Militär-Junta den Rücken zugekehrt. Das Militär hat auch kein Rezept, wie es der steigenden Kriminalität in den Städten Herr werden soll. Taschendiebe machen ihre Runden. Regelmäßig passieren Überfälle auf Fahrzeuge, die Lieferungen ausführen. Die Polizei kümmert sich nicht darum. Sie hat es einzig auf politische Gegner des Militärregimes abgesehen.

Gegen die frühere De-facto-Regierungschefin *Aung San Suu Kyi* laufen mehrere Gerichtsverfahren. Bis Mitte Oktober 2022 beliefen sich ihre Haftstrafen auf 26 Jahre. Unter anderem wurde sie wegen Anstiftung zum Aufruhr und wegen Korruption verurteilt.

Katastrophale wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Situation ist katastrophal. Zahlen dazu sind wegen der Inkompetenz und den Manipulationen der neuen Herrscher mit Vorsicht zu genießen. Klar ist: Der Putsch würgte die Entwicklung Myanmars ab, die nach einer zaghaft eingeleiteten demokratischen Phase endlich in Schwung gekommen war. Die Direktinvestitionen des Auslands erlitten einen drastischen Einbruch. Die meisten international operierenden Unternehmen haben sich nach dem Militärputsch aus Myanmar verabschiedet. Zusätzlich warf die Corona-Pandemie die einheimische Wirtschaft zurück. Der Export von Handelsware schrumpfte. Das Handelsministerium stoppte anfangs Oktober 2022 den Import von ausländischen Autos, um den Abfluss von Fremdwährungen zu reduzieren.

Das Land wurde um Jahrzehnte zurückgeworfen. Ohne Frieden und Stabilität sieht die Zukunft Myanmars düster aus. Die uneinsichtige Haltung der Stahlfraktion Myanmars schwächt das ökonomische Potential ganz Südostasiens. Die einzigen Profiteure des Putsches sind die Top-Generäle und ihre Familien.

Es mangelt an allem, da sich die Einkommen und Ersparnisse der meisten Bewohnerinnen und Bewohner verflüchtigt haben. Menschen sterben an Unterernährung. Der Geldfluss von Angehörigen, die im Ausland arbeiten, hält die Bevölkerung knapp über Wasser. Allein in Thailand dürften sich über zwei Millionen Menschen aus Myanmar legal oder illegal aufhalten. Viele von ihnen haben sich in Thailand verschuldet und sind in eine Art von Schuldklaverei abgerutscht, wie Interessenvertreter der ausländischen Arbeitskräfte in Thailand dokumentieren. (Gastarbeiter sind sehr häufig gezwungen, zunächst den Schlep-per und anschliessend den künftigen Arbeitgeber oder den Arbeitsvermittler für den Aufwand der Dokumenten- und Arbeitsbeschaffung zu honorieren.)

Südostasien schaut tatenlos zu

Die Militärführung verhindert mit allen Mitteln die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Sie will ihre eigenen (wirtschaftlichen) Interessen durchsetzen, koste es, was es wolle. Weder tritt sie in einen Dialog mit der landesweiten Opposition noch honoriert sie die Friedensbemühungen des Auslands.

Unterstützt wird das Regime von China und Russland. Die thailändische Regierung unter Führung von Premierminister *Prayuth Chan-ocha* zeigte Nachsicht mit den Putschisten Myanmars. Das passt ins Bild, fegte er doch selbst 2014 eine zwar zerstrittene, aber parlamentarisch und demokratisch legitimierte Regierung hinweg. General *Min Aung Hlaing*, sein "Kollege" in

Myanmar, ergriff zwar die dargebotene Hand Thailands, verschmähte aber schnöde die Versöhnungsbemühungen im Rahmen der Gemeinschaft der südostasiatischen Staaten (ASEAN). Thailand hätte allen Grund, die Generäle in Naypyidaw zur Vernunft zu rufen. Eine lange Grenze verbindet die beiden Länder. Das Drogenproblem in Thailand ist mit dem Konflikt in Myanmar eng verknüpft: Mit Yaba und Ice finanzieren die Gegner des Militärregimes in Myanmar ihren Kampf – und wahrscheinlich auch die Generäle selbst die Beschaffung von Waffen.

Im April 2021 handelte die ASEAN mit Junta-Chef *Min Aung Hlaing* ein Fünf-Punkte-Programm aus. Darin vereinbarten die Vertragspartner die Einstellung aller Kampfhandlungen sowie die Aufnahme von Gesprächen zwischen Opposition und Militär. Die Militärregierung in der Hauptstadt Naypyidaw hielt sich nicht an das Abkommen. Entsprechend frustriert reagierten die Aussenminister der übrigen ASEAN-Staaten anlässlich ihrer Generalversammlung vom 11. November 2022. Falls sich die Militärclique in Myanmar weiterhin dem Fünf-Punkte-Programm und einem Zeitplan für dessen Umsetzung widersetze, soll Myanmar von künftigen ASEAN-Sitzungen ausgeschlossen werden.

Auch UN-Generalsekretär *Antonio Guterres* verlangte von den Machthabern in Myanmar anlässlich der ASEAN-Tagung von Mitte November 2022 die Freilassung der politischen Gefangenen, ein Ende der Gewalt und die Rückkehr zur Demokratie. Er rief die ASEAN-Staaten dazu auf, gemäss diesen Grundsätzen aktiver an einer Lösung zu arbeiten.

Menschenrechtsgruppen und Organisationen der myanmarischen Zivilgesellschaft halten das Fünf-Punkte-Programm für gescheitert. Die Junta in Myanmar, so sagte einer ihrer Sprecher, sei die Ursache, nicht die Lösung der Krise. Die ASEAN-Staaten haben, so weit bekannt ist, auch keinen Gesprächskanal zu den Opponenten des Militärregimes in Myanmar geschaffen, beispielsweise zu Mitgliedern der früheren Regierung unter *Aung Sang Suu Kyi*. Derweil gehen die Gräueltaten des Militärs gegen die eigene Bevölkerung unvermindert weiter. Diplomatie ist eine Sprache, die Soldaten nicht geläufig ist.